Olaf Zimmermann & Gabriele Schulz - 26. Oktober 2023

Reichspogromnacht – nie wieder!

Gegen Terror, Hass und Antisemitismus

Am 9. November dieses Jahres, wenige Tage nach Erscheinen dieser Ausgabe, jährt sich zum 85. Mal die Reichspogromnacht. In jener Nacht vom 9. auf den 10. November wurden in Deutschland und Österreich mehr als 7.000 Geschäfte von Jüdinnen und Juden angegriffen, beraubt und zerstört, 1.400 Synagogen wurden geplündert und in Brand gesetzt, Jüdinnen und Juden gedemütigt, beraubt oder misshandelt. Mehr als 1.300 Menschen starben. Über 30.000 Juden wurden in Konzentrationslager verschleppt. Der Mob von SA und SS wurde von der Leine gelassen. Die Reichspogromnacht war eine nächste brutale Stufe der Entrechtung Deutscher jüdischen Glaubens, die mit der „Machtergreifung“ 1933 begann.

Am 9. November dieses Jahres wird zu Recht an dieses Ereignis erinnert werden. Es wird wieder die Versicherung des „Nie wieder“ zu hören sein. Doch was heißt dieses „Nie wieder“ angesichts der aktuellen Ereignisse in Deutschland, die seit dem 7. Oktober dieses Jahres, dem Angriff der Hamas auf Israel, geschehen?
Die Hamas hat bei ihrem Angriff mehr als 1.400 Menschen getötet und mindestens 200 Menschen, darunter teilweise Kinder und Greise, in den Gazastreifen entführt. Der Angriff traf den Staat Israel zunächst unvorbereitet, inzwischen wurden Reservisten eingezogen, und Israel verteidigt sich gegenüber den Raketenangriffen aus dem Gazastreifen sowie Angriffen der Hisbollah aus dem Libanon. Hamas-Kämpfer verschanzen sich in der Nähe von Wohnungen, Krankenhäusern und Schulen. Sie nehmen damit bewusst das Leben von Zivilisten im Gazastreifen in Kauf und nutzen sie teilweise als menschliche Schutzschilde. Tagtäglich bombardieren sie israelische Städte und Ortschaften. Tagtäglich werden Menschen verletzt. Viele Menschen im Gazastreifen wurden und werden bei der Gegenwehr der israelischen Streitkräfte verletzt oder getötet, auch das ist furchtbar.

Der Krieg führt zu einer Welle der Entrüstung in der islamischen Welt. Demonstrationen, teils gewalttätig, in Ägypten, im Libanon, im Jemen, in Jordanien, im Iran und in anderen Ländern sowie gewaltsame Proteste im Westjordanland finden statt. Eine große Wut auf den Staat Israel entlädt sich.

Ebenso gibt es Demonstrationen pro Palästina in Deutschland und anderen europäischen Ländern. In nächtlichen Demonstrationen in Berlin und anderen deutschen Städten wird „Free Palestine“ skandiert, die Terrorangriffe der Hamas auf Israel werden jubelnd gefeiert, Süßigkeiten auf deutschen Straßen verteilt. Hass auf Israel, auf Jüdinnen und Juden wird lauthals herausgebrüllt.
Selbstverständlich kann in Deutschland demonstriert werden, das sichert unser Grundgesetz den Bürgerinnen und Bürgern zu. In Deutschland leben viele Menschen mit palästinensischen Wurzeln, und keineswegs alle sind mit dem Handeln der Hamas

einverstanden. Viele sind berechtigterweise in Sorge um ihre Verwandten und Freunde, die unter dem Terror der Hamas im Gazastreifen leiden.

Dennoch, das Demonstrationsrecht sichert keinen Hass zu. Das Demonstrationsrecht ist kein Freifahrtschein für Antisemitismus und für das Feiern von barbarischem Terror. Es werden in Deutschland Synagogen und jüdische Gemeindehäuser angegriffen. Häuser, in denen Jüdinnen und Juden leben, werden mit dem Davidstern markiert. Eltern wagen es kaum, ihre Kinder in die ohnehin stark bewachten jüdischen Kindergärten oder Schulen zu schicken. Eine Kippa oder einen Davidstern zu tragen ist gefährlich. In Berlin-Neukölln trauen sich Israelis nicht, in ihrer Muttersprache, Hebräisch, zu sprechen. Die Sicherheitsvorkehrungen vor dem Holocaust-Mahnmal in Berlin mussten verstärkt werden. Polizistinnen und Polizisten stehen wie auf einer Perlenschnur aufgereiht, weil Sorge vor weiteren Schmierereien und antisemitischem Hass an dieser nationalen Gedenkstätte besteht. Der Schutz jüdischer Einrichtungen und von Persönlichkeiten des jüdischen Lebens in Deutschland musste verstärkt werden. Gut, dass bei den Schutzmaßnahmen so schnell gehandelt wird, schockierend, dass es erforderlich ist.

Es ist bedrückend und beschämend, es ist empörend und unerträglich, dass 85 Jahre nach der Reichspogromnacht Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht sicher leben können. Viele von ihnen sind in Sorge um Verwandte und Freunde in Israel, haben Freunde oder Verwandte beim Terrorangriff verloren. Trotz des schon lange bestehenden teils latenten, teils offenen Antisemitismus galt Deutschland als ein relativ sicheres Land. Viele Israelis, auch viele israelische Künstlerinnen und Künstler sind in den letzten Jahren nach Deutschland, gerade nach Berlin, gezogen. Doch noch nie haben wir so oft von so vielen Jüdinnen und Juden gehört, dass sie sich fragen, wohin sie gehen sollen. Insbesondere von jenen, die mit der aktuellen rechtsgerichteten bzw. rechtsextremistischen Regierung in Israel nicht einverstanden sind und in Israel genau deshalb nicht leben wollen.

Antisemitismus ist in Deutschland ein Problem. Der rechtsextremistische Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale am 7. Oktober 2019 hat dies offengelegt. Die Initiative kulturelle Integration, ein breites Bündnis von vier Bundesministerien, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Sozialpartnern, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Deutschen Kulturrat, will diesem Anschlag ein positives Bild entgegensetzen. Sie führt Wettbewerbe und Veranstaltungen durch, um die Vielschichtigkeit und Unterschiedlichkeit des jüdischen Lebens in Deutschland zu zeigen. An diesen Aktivitäten beteiligen sich neben vielen Jüdinnen und Juden auch Menschen nicht jüdischen Glaubens, weil sie an Begegnung, an Zusammenhalt in Vielfalt interessiert sind, weil sie sagen, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehört!

Ebenso gibt es verschiedene jüdisch-muslimische Initiativen und Projekte, die gerade die Gemeinsamkeiten dieser beiden abrahamitischen Religionen betonen. Kinder und

Jugendliche lernen sich kennen, tauschen sich auch darüber aus, wie Religion in einem weitgehend säkularen Land wie Deutschland gelebt werden kann, wie „Ankommen“ und „Mitmachen“ in der deutschen Mehrheitsgesellschaft gelingt.

Der christlich-jüdische Dialog ist stabil, und viele Kirchengemeinden stehen an der Seite jüdischer Gemeinden. Leitende Geistliche, wie der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Christian Stäblein, positionieren sich unmissverständlich gegen Antisemitismus.

Jüdische Festivals, jüdische Filmtage, deutsch-israelische Literaturtage, dies alles gehört zu unserem kulturellen Leben in Deutschland. Und zwar nicht als Erinnerung, sondern als Teil unseres zeitgenössischen Kunstgeschehens. Gleichwohl wird von jüdischer Seite beklagt, dass sich der Kultursektor nicht klar gegen Antisemitismus stellt. Dabei geht es nicht nur um die „documenta fifteen“ im vergangenen Jahr, die sich als ein Kulminationspunkt darstellte. Es geht auch um die Erinnerung an die Singularität der Shoah, der das Bild einer relationalen Erinnerungskultur gegenübergestellt wird, in der die Verfolgung der Jüdinnen und Juden mit dem Kolonialismus in einem Atemzug genannt wird. Vertreterinnen und Vertreter einer relationalen Erinnerungskultur verwenden zwar viele Worte, um zu formulieren, wie wichtig und international wegweisend die Aufarbeitung der Shoah in Deutschland ist, um gleichzeitig eine Relativierung vorzunehmen, indem sie entlang eines intersektionalen Ansatzes die Frage aufwerfen, ob die Shoah tatsächlich singulär ist oder nicht vielmehr mit antiasiatischem Rassismus oder antipalästinensischen Vorurteilen verwoben werden muss. Es ist nur allzu verständlich, dass die jüdische Community angesichts solcher Haltungen sehr besorgt ist. Die Initiative kulturelle Integration hat bereits 2017 klar formuliert: „Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen.“ Und weiter: „Die Erinnerung an die Shoah wachzuhalten und weiterzugeben ist eine dauernde Verpflichtung für in Deutschland geborene Menschen ebenso wie für Zugewanderte. Das schließt ein, sich entschieden gegen jede Form des Antisemitismus zu wenden.« Wer in Deutschland lebt, ob hier geboren oder zugewandert, ob mit deutscher „Täter-“ oder mit Zuwanderungsgeschichte, ist verbunden mit der Erinnerung an die Shoah. Das gilt für die Nachnachfahren der Täter genauso wie für aus arabischen Ländern nach Deutschland Kommende.

Am 9. November 1938 haben die meisten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland weggeschaut, viele waren beteiligt und haben mitgemacht. Jetzt ist die Zeit, das „Nie wieder“ nicht nur auf die Vergangenheit zu beziehen, sondern klar und unmissverständlich gegen Antisemitismus in Deutschland einzutreten. Der Deutsche Kulturrat hatte darum zur Demonstration am 22. Oktober 2023 „Solidarität mit Israel: Aufruf zur Demonstration gegen Terror, Hass und Antisemitismus“ zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit den Kirchen, mit dem Zentralrat der Juden und den demokratischen Parteien mitaufgerufen.

Olaf Zimmermann & Gabriele Schulz - 26. Oktober 2023

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 11/2023.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat